



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat III/4
Sitzungstag:	Dienstag, den 18.05.2010
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	21:12 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Verabschiedung des Rats Herrn Jürgen Funke / Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Hans-Peter Müller
Vorlage: M/2010/629

1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.3. Einwohnerfragestunde

1.1.4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2010/632

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahlen zu den Ausschüssen
Vorlage: V/2010/594

1.4.2. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW;
hier: Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW
Vorlage: V/2010/595

1.4.3. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse; Einführung der "papierlosen Ratsarbeit"
Vorlage: V/2010/599

1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -

1.6. Anfragen

- 1.6.1. Haushaltsmittel im Schulbereich;
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010
Vorlage: F/2010/060
- 1.6.2. Ausbaumaßnahmen Kindergärten für Kinder unter 3 Jahren;
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010
Vorlage: F/2010/062
- 1.6.3. Instandsetzung der Gemeindestraßen, Generalinstandsetzungen der Siedlungswege,
Winterschäden;
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010
Vorlage: F/2010/063
- 1.6.4. DSL-Breitbandversorgung;
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010
Vorlage: F/2010/064
- 1.6.5. Nachrüstung von Papierkörben mit Aschenbechern;
Schneider, Eva / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010
Vorlage: F/2010/065

1.7. Anträge

- 1.7.1. Alkoholverbot Innenstadt;
Schnepper, Josef / FDP-Fraktion, vom 22.04.2010
Vorlage: A/2010/076
- 1.7.2. Gründung eines Senioren- und Behindertenbeirats;
Eicker, Wolfgang / FDP-Fraktion, vom 22.04.2010
Vorlage: A/2010/077

1.8. Mitteilungen

- 1.8.1. Shared Services - Kooperation der Städte Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth; weitere Vorgehensweise
Vorlage: M/2010/634
- 1.8.2. Public Viewing - WM-Auftakt 2010
Vorlage: M/2010/635
- 1.8.3. Energiebericht 2009
Vorlage: M/2010/636
- 1.8.4. Haushaltssituation
Vorlage: M/2010/640
- 1.8.5. Umsetzungsstand Konjunkturprogramm II
Vorlage: M/2010/638
- 1.8.6. Lügenvorwurf gegen einen städtischen Beamten
Vorlage: M/2010/639
- 1.8.7. Gründung der Stiftung Deutsche Sportakademie in Wipperfürth
Vorlage: M/2010/641
- 1.8.8. Kunstrasensportplätze Kreuzberg und Agathaberg – Mündlicher Sachstandsbericht

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**
- 2.3.1. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW:
Zustimmung zu einem arbeitsgerichtlichen Vergleich
Vorlage: V/2010/598
- 2.4. Beschlüsse**
- 2.4.1. Zustimmung des Schulträgers zur Besetzung der Schulleiterstelle am städtischen Engelbert-von-Berg-Gymnasium
Vorlage: V/2010/601
- 2.4.2. Organisationsgutachten Alte Drahtzieherei
Vorlage: V/2010/602
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -**
- 2.6. Anfragen**
- 2.6.1. Betrieb / Finanzierung der Alten Drahtzieherei;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 02.05.2010
- mitbehandelt unter TOP 2.4.2 -
Vorlage: F/2010/059
- 2.7. Anträge - keine -**
- 2.8. Mitteilungen**
- 2.8.1. Vorstellung des Entwurfs eines Logos für Wipperfürth
- 2.8.2. Breitbandversorgung in Wipperfürth

Vacca, Vincenzo Hubert	CDU
Weingärtner, Bastian	CDU
Wuttke, Henry	FDP

Verwaltungsvertreter/in

Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Kemmerich, Dagmar	intern	Dipl.-Kff.
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD

Schriftführer

Breuer, Reinhard	intern	StAR
------------------	--------	------

Als Gäste: (zu TOP 1.8.7)

Wabra, Rudolf	Stiftung Deutsche Sportakademie
Wolfgang Kierdorf	Stiftung Deutsche Sportakademie

Es fehlten:

Ahus, Margit	CDU
Mederlet, Frank	SPD
Wurth, Ralf	SPD

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Verabschiedung des Rats Herrn Jürgen Funke / Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Hans-Peter Müller

Vorlage: M/2010/629

Bürgermeister **von Rekowski** verabschiedet den aufgrund seines Mandatsverzichts aus dem Rat ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke und überreicht ihm mit Dank und Anerkennung für die mehr als fünfjährige Mitwirkung im Rat und noch längere ehrenamtliche Mitarbeit im für Stadtentwicklung zuständigen Ausschuss ein Präsent.

Dem schließen sich Dankesworte des CDU-Fraktionsvorsitzenden **Scherkenbach** und Abschiedsworte von Herrn **Funke** an.

Anschließend führt Bürgermeister **von Rekowski** das neue Ratsmitglied Hans-Peter Müller in sein Amt ein, der mit Wirkung vom 09.04.2010 aus der Reserveliste der CDU in den Rat nachgerückt ist, und verpflichtet ihn in feierlicher Form. Über die Einführung und Verpflichtung wird eine gesonderte Niederschrift aufgenommen, die der Originalausfertigung dieser Niederschrift beigelegt ist.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt. Der Vorschlag des Bürgermeisters, den TOP 1.8.7 „Umzug der Stiftung Deutsche Sportakademie nach Wipperfürth“ vorzuziehen und im Anschluss an den TOP 1.1.4 zu behandeln, findet Zustimmung.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Herr Joachim **Mutz** erklärt, dass der Bürgermeister auf dessen Wunsch hin ein zweites Gespräch mit ihm geführt habe. Statt sich darin aber über Inhalte auszutauschen, habe dieser nur zu erreichen versucht, dass er keine weiteren Fragen gestellt bekommt. Heute gebe er dem Rat nun eine merkwürdige Mitteilung, Es sei zu fragen, warum der Bürgermeister dabei mit keinem Wort auf die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes eingehe. Herr Dr. Quaitsch habe sich doch eindeutig geäußert. Nur ein einziger Satz des zweiseitigen Schreibens spreche für die Haltung der Stadt, der restliche Inhalt spreche für die Argumentation des Fragestellers.

Weiterhin fragt er, wie der Bürgermeister sein Verhalten rechtfertige, dass er auch heute noch nicht den Rat über den Stand der Ermittlungen aufgrund seiner Dienstaufsichtsbeschwerde mitgeteilt hat.

Er bittet um Verständnis für sein Verhalten. Immerhin habe sein Amtsvorgänger Polizeischutz während einer Ratssitzung bestellt, die Presse sei ausgeschaltet worden.

Bürgermeister **von Rekowski** sagt eine schriftliche Antwort zu, da wiederum eine spontane mündliche Beantwortung aufgrund der Komplexität der Zusammenhänge nicht möglich ist.

1.1.4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2010/632

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen. Bürgermeister **von Rekowski** berichtet aus dem Treffen der Hauptverwaltungsbeamten, in dem unter anderem die Ehrenamtskarte zur Beratung anstand. Bis auf die Gemeinde Nümbrecht, die vor der Einführung der Ehrenamtskarte stehe, würden ihr Kommunen kritisch gegenüber stehen vor dem Hintergrund, dass die meisten Gemeinden im Nothaushaltsrecht agieren und deshalb den Inhabern keine Vergünstigungen gewähren dürfen, dass mit der Ehrenamtskarte personelle Ressourcen gebunden werden und dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten unterhalb einer gewissen Stundenzahl ungerechtfertigter Weise weniger Beachtung finden.

1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

**1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -**

1.4 Beschlüsse

1.4.1 Wahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: V/2010/594

Beschluss:

- 1.) Zum Nachfolger des aus dem Haupt- und Finanzausschuss ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Herr André Köser gewählt.
- 2.) Zum Nachfolger des aus dem Unterausschuss „Personal“ des Haupt- und Finanzausschusses ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Herr Friedel Dellweg gewählt.
- 3.) Zum Nachfolger des aus dem Unterausschuss „Grundstückswesen“ des Haupt- und Finanzausschusses ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Herr Rolf Höhfeld gewählt.
- 4.) Herr Hans-Peter Müller, in der konstituierenden Ratssitzung am 03.11.2009 als sachkundiger Bürger gemäß § 58 Abs. 3 in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt gewählt, gehört diesem Ausschuss als Ratsmitglied weiterhin an.
Zur Nachfolgerin des aus dem Ausschuss ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Frau Eva Schneider gewählt.
- 5.) Herr Hans-Peter Müller, in der konstituierenden Ratssitzung am 03.11.2009 als sachkundiger Bürger gemäß § 58 Abs. 3 in den Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur gewählt, gehört diesem Ausschuss als Ratsmitglied weiterhin an.
Als Nachfolger der aus dem Ausschuss ausscheidenden Rats Frau Eva Schneider wird der sachkundige Bürger Herr Bernd Lambert, wohnhaft Kotten 1, in den Ausschuss gewählt.
- 6.) Zum Nachfolger des in dieser Funktion ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Herr Norbert Grüterich als persönlicher Stellvertreter des Besitzers Michael Stefer in den Wahlausschuss gewählt.
- 7.) Zum Nachfolger des in dieser Funktion ausgeschiedenen Rats Herrn Jürgen Funke wird Rats Herr Lothar Palubitzki als persönlicher Stellvertreter des stimmberechtigten Mitglieds Frau Eva Schneider in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Aus der Begründung in der Beschlussvorlage ergibt sich bzw. nimmt der Rat zur Kenntnis, dass zur Nachfolgerin des zum Schuljahresende ausscheidenden Herrn Stefan Wittkampf als stellvertretendes beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (Vertretung der Schulen) Frau Claudia Breuer-Piske, stellvertretende Schulleiterin der Alice-Salomon-Schule, bestellt wird.

**1.4.2 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW;
hier: Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW**
Vorlage: V/2010/595

Beschluss:

Der Rat bestellt gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW als Nachfolger des ausgeschiedenen Ratsherrn Jürgen Funke das Ratsmitglied Norbert Grüterich in die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Zu dessen persönlichem Stellvertreter wird Ratsherr Hermann-Josef Bongen bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.3 Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse; Einführung der "papierlosen Ratsarbeit"
Vorlage: V/2010/599

Beschluss:

- 1.) Die Einführung der „papierlosen“ Ratsarbeit, die zunächst noch auf die Sitzungen des Stadtrates und des Haupt- und Finanzausschusses beschränkt werden muss, wird beschlossen. Bei den Sitzungen der übrigen Ausschüsse erfolgt die Umsetzung des Beschlusses, sobald dies die softwaretechnischen Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung zulassen. Zu diesem Zweck erfolgt zu gegebener Zeit eine Umfrage bei den Ausschussmitgliedern, die nicht dem Stadtrat angehören.
- 2.) Rats- und Ausschussmitglieder, die die Option der elektronischen Einladungsform nicht nutzen wollen oder können, erhalten wie gewohnt ihre Unterlagen weiterhin in Papierform.
- 3.) Die Geschäftsordnung wird mit sofortiger Wirkung wie in der anliegenden Gegenüberstellung *) dargestellt, geändert.

*) siehe Anlage zur Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen - entfällt -

1.6 Anfragen

**1.6.1 Haushaltsmittel im Schulbereich;
Anfrage des Ratsherrn Friedhelm Scherkenbach / CDU-Fraktion, vom
04.05.2010**

Vorlage: F/2010/060

Die Anfrage der CDU-Fraktion war ebenso wie die schriftliche Antwort Gegenstand der Einladung. Ratsherr **Scherkenbach** nimmt sie dankend zur Kenntnis.

**1.6.2 Ausbaumaßnahmen Kindergärten für Kinder unter 3 Jahren;
Anfrage des Rats Herrn Friedhelm Scherkenbach / CDU-Fraktion, vom
04.05.2010**

Vorlage: F/2010/062

Die Anfrage der CDU-Fraktion war Bestandteil der Einladung, die Antwort der Verwaltung war mit dem I. Nachtrag vorgelegt worden.

Ratsherr **Scherkenbach** fragt, wann mit der Bewilligung der Zuschüsse des Landschaftsverbandes für den Ausbau des städtischen Kindergartens zu rechnen sei. StOAR **Willms**, erklärt, man rechne damit im Sommer dieses Jahres. StVD **Wollnik** erläutert die zeitlichen Abläufe und erklärt, die Verwaltung bemühe sich ständig um eine schnelle Umsetzung der Baumaßnahme. So hätte auch heute noch ein Gespräch mit dem Architekten stattgefunden. Sofort nach Eingang des Bewilligungsbescheides könne mit dem Ausbau begonnen werden. Die Angelegenheit werde auch in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.07.2010 Thema sein.

**1.6.3 Instandsetzung der Gemeindestraßen, Generalinstandsetzungen der Siedlungswege, Winterschäden;
Anfrage des Rats Herrn Friedhelm Scherkenbach / CDU-Fraktion, vom
04.05.2010**

Vorlage: F/2010/063

Die Anfrage der CDU-Fraktion war der Einladung beigelegt, die Antwort war Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung. Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, nach der Antwort sei sehr unklar, was der Bauhof unter den in der Antwort beschriebenen Umständen mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln überhaupt noch selbst schaffen kann. Wenn zu erkennen sei, was nicht mehr erledigt werden könne, sollte auch über Instandsetzungen durch Externe nachgedacht werden. Damit sollte sich auch der Bauausschuss auseinandersetzen.

Was die Generalinstandsetzung von Siedlungsstraßen angehe, würden die zwei Jahre Vorlauf nicht immer eingehalten. Auch wenn dies manchmal schwierig sei, sollte sich die Stadt bemühen, den entsprechenden Beschluss einzuhalten und die Betroffenen rechtzeitig über die voraussichtliche Beitragshöhe zu unterrichten.

StBD **Barthel** erklärt, Winterschäden seien nicht über das normale Maß hinaus erkennbar. Die Bereisung werde mit zusätzlichen Informationen an den Bauausschuss noch folgen.

**1.6.4 DSL-Breitbandversorgung; Anfrage des Rats Herrn Friedhelm Scherkenbach /
CDU-Fraktion, vom 04.05.2010**

Vorlage: F/2010/064

Die Anfrage der CDU-Fraktion und die Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung. Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, in nichtöffentlicher Sitzung könne man eventuell noch Einzelheiten zu Frage 1 erfahren.

**1.6.5 Nachrüstung von Papierkörben mit Aschenbechern;
Anfrage der Ratsfrau Eva Schneider / CDU-Fraktion, vom 04.05.2010**
Vorlage: F/2010/065

Ratsfrau **Schneider** gibt den Inhalt ihrer schriftlichen Anfrage, die Bestandteil der Einladung war, auch mündlich wieder. Sie interessiere, wie und in welchem Zeitraum eine weitere Ausrüstung von Papierkörben mit Aschenbechern erfolgen kann.

StBD **Barthel** erklärt, als erstes seien die Papierkörbe des Surgères-Platzes, sozusagen als Test, entsprechend ausgestattet worden. Es handele sich um eine Maßnahme der Abfallbeseitigung, die die Stadt bekanntlich auf den ASTO übertragen habe bzw. die sie mit ihm abstimmen müsse. Im Innenstadtbereich gebe es insgesamt 54 Papierkörbe. Die nicht ganz billige Nachrüstung bzw. der Umtausch der Mülleimer geschehe meist dann, wenn sie ohnehin ausgetauscht werden müssten. Wo weitere Nachrüstungen sinnvoll seien, müsste noch untersucht werden. Es sei auch immer zu bedenken, dass zusätzliche Säuberungen bzw. die Entleerung von Abfallbehältnissen jeweils Personal in Anspruch nehme.

1.7 Anträge

**1.7.1 Alkoholverbot Innenstadt;
Schnepper, Josef / FDP-Fraktion, vom 22.04.2010**
Vorlage: A/2010/076

Beschluss:

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 16 Ja- und 15 Nein-Stimmen sowie 1 Stimmenthaltung

Der Antrag lag der Einladung bei, die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung mit davon abweichendem Beschlussentwurf war Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung. Nachrichtlich ist an dieser Stelle der Beschlussentwurf der Verwaltung zitiert:

„Bis zur endgültigen Klärung der Rahmenbedingungen wird der Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung eines generellen Alkoholverbotes auf öffentlich zugänglichen Flächen in der Innenstadt zurückgestellt.“

Ratsherr **Schnepper** begründet den Antrag seiner Fraktion auch mündlich. Die Stadt Hückeswagen habe ein Alkoholverbot bereits erlassen und damit gute Erfahrungen gemacht. Der für die Überwachung und Durchsetzung des Verbotes notwendige Aufwand entstehe vor allem in der Anfangszeit und werde zunehmend geringer.

Ratsherr **Koppelberg** kündigt an, die UWG-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Eine solche Regelung sei in Nordrhein-Westfalen nicht rechtens und würde von den Gerichten verworfen. Tagsüber sei eine Überwachung des Verbotest ja noch denkbar, abends sei dies aber kaum möglich, zumal es an entsprechendem Überwachungspersonal fehle. Eine Vorschrift, deren Einhaltung nicht kontrollierbar sei, mache keinen Sinn.

Auch die SPD-Fraktion lehnt nach Mitteilung des Ratsherrn **Gottlebe** den Antrag ab. Er gehe aus verschiedenen Gründen in die falsche Richtung. So diskriminiere der Antrag nicht nur alle Jugendlichen pauschal, sondern schränke auch eine breite Mehrheit der Bevölkerung in ihren Rechten ein. Mit einem Generalverbot lasse sich nicht ein Fehlverhalten einiger Weniger reglementieren. Sicher müsste es im Falle eines solchen Verbotes zwangsläufig eine kaum überschaubare Fülle von Ausnahmetatbeständen geben. Schließlich würde das Problem nicht gelöst, weil ein Alkoholverbot für die Innenstadt lediglich einen Verdrängungsprozess zu Lasten etwa von Siedlungen und Spielplätzen auslösen würde.

Ratsherr **Scherkenbach** spricht sich dafür aus, den Antrag an den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen. Dies erwidert Ratsherr **Stein** mit dem Hinweis darauf, dass dieses Thema dort ohnehin schon behandelt werde.

Für Ratsfrau **Billstein** ist ein allgemeines Alkoholverbot in der Innenstadt nicht zielführend. Alkoholisierte Jugendliche sollten vielmehr später über den einzustellenden Streetworker angesprochen werden. Ein generelles Alkoholverbot sei juristisch höchst umstritten; in Hückeswagen habe bisher noch niemand dagegen geklagt. Dort, wo dies der Fall war, seien die Verordnungen „kassiert“ worden.

Ratsherr **Schnepper** erklärt, er halte das Alkoholverbot für angebracht, auch neben den anderen in der Diskussion angeführten Maßnahmen wie etwa die Einstellung eines Streetworkers oder auch die Arbeit des Vereins für offene Jugend- und Jugendsozialarbeit; das generelle Alkoholverbot in der Innenstadt sollte parallel dazu gelten. Es gehe bei seinem Antrag durchaus nicht nur um Jugendliche, sondern er betreffe auch Erwachsene und ihr Verhalten. Er bestehe nicht auf einer Abstimmung über seinen Antrag selbst, sondern er sei auch mit einer Verweisung an den Jugendhilfeausschuss einverstanden.

Eine Darstellung der Rechtslage im Jugendhilfeausschuss hält Ratsherr **Scherkenbach** auch nach dieser Diskussion noch für sinnvoll. Der Streetworker, der im Übrigen wohl sehr schwer zu bekommen sei, habe schwerpunktmäßig sicher andere Aufgaben.

Ratsherr **Brachmann** spricht sich für den Beschlussentwurf der Verwaltung aus, insbesondere mit den bereits angeführten Argumenten der fehlenden Kontrollmöglichkeit und der Gefahr, das Problem lediglich in andere Gebiete zu verdrängen.

Bürgermeister **von Rekowski** lässt über die Verweisung an den Jugendhilfeausschuss abstimmen.

1.7.2 Gründung eines Senioren- und Behindertenbeirats; Eicker, Wolfgang / FDP-Fraktion, vom 22.04.2010

Vorlage: A/2010/077

Ratsherr **Eicker** begründet seinen Antrag, der zusammen mit der Stellungnahme der Verwaltung Bestandteil der Einladung war, auch mündlich. Der Beirat diene dazu, die Lebenserfahrung und die Sachkenntnis selbst Betroffener gegenüber allen, die mit deren Anliegen in Berührung kommen, einzubringen.

Nach kurzer Diskussion – hier auch eingeschlossen die zwischenzeitliche Überlegung, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Soziales zu überweisen –, zieht Ratsherr **Eicker** den Antrag der FDP-Fraktion zurück. Zuvor erklärt StVD **Wollnik**, dass die Verwaltung ein Wachsen entsprechender Strukturen wie im Aktionsbündnis „Lebensqualität im Alter“ von unten nach oben für besser und wirksamer hält, als eine institutionalisierte Begleitung „von oben“. Das bereits bestehende und bewährte Aktionsbündnis, gepaart mit der Arbeit der integrierten Senioren- und Pflegeberatung, mache ein starres Gremium wie einen Seniorenbeirat entbehrlich. Insofern werde die Stellungnahme und die Haltung der Verwaltung bei einer Verweisung an den zuständigen Fachausschuss nicht anders aussehen als in dieser Ratssitzung.

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Shared Services - Kooperation der Städte Hückeswagen, Radevormwald und Wipperfürth; weitere Vorgehensweise

Vorlage: M/2010/634

Die schriftliche Mitteilung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat zur Kenntnis. Ratsherr **Brachmann** erklärt, Shared Services begleite den Rat ja jetzt bereits seit einigen Jahren und mittlerweile müssten Papiere vorhanden sein, die die Gewinnsituation der Stadt Wipperfürth auch erkennbar machen könnten. Er bitte darum, dem Protokoll dazu entsprechendes Zahlenmaterial beizufügen.

Hinweis der Verwaltung: Es liegen ihr derzeit außer den innerhalb des Gutachtens der Firma Deckert Management Consultants GmbH ermittelten Werten keine belastbaren Zahlen vor.

Er vermutet, dass sich bisher niemand mit den Gemeinden Lindlar und Engelskirchen in Verbindung gesetzt habe, um die dortigen Erfahrungen mit dem gemeinsamen Bauhof abzufragen. Es gelte, viel enger mit den Nachbargemeinden zusammen zu arbeiten. Für die Mitarbeiter des städtischen Bauhofs dürfe es durch den gemeinsamen Bauhof für Wipperfürth und Hückeswagen keine Nachteile geben.

1.8.2 Public Viewing - WM-Auftakt 2010

Vorlage: M/2010/635

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat zur Kenntnis.

1.8.3 Energiebericht 2009

Vorlage: M/2010/636

Der Energiebericht 2009, eine erstmals in dieser Form vorgelegte detaillierte Bestandsaufnahme der aktuellen Energiesituation der Stadt und ihrer Immobilien, nimmt der Rat zur Kenntnis. Der Bericht war mit Begleitvorlage Bestandteil der Einladung.

Die Diplomkauffrau Dagmar **Kemmerich**, Autorin des Energieberichts und Mitarbeiterin in der Zentralen Immobilienwirtschaft, stellt sich dem Rat vor und erläutert den Bericht in seinen Schwerpunkten mündlich und beantwortet Detailfragen. Die Sprecher mehrerer Ratsfraktionen sowie Bürgermeister **von Rekowski** bedanken sich bei Frau Kemmerich für die neu geschaffene Datenbasis und die zusätzlichen wertvollen Informationen.

1.8.4 Haushaltssituation

Vorlage: M/2010/640

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis. Stadtkämmerer **Trompeter** ergänzt deren Inhalt mündlich durch die Ankündigung, in der Juli-Sitzung des Rates ein Konzept vorzulegen, aus dem hervor geht, wie sich die Verwaltung die weitere Finanzplanung vorstellt.

1.8.5 Umsetzungsstand Konjunkturprogramm II

Vorlage: M/2010/638

Die schriftliche Vorlage der Verwaltung war Bestandteil der Einladung. Aus der Mitte des Rates wird der Wunsch geäußert, dass dem Haupt- und Finanzausschuss Schlussrechnungen über die einzelnen Maßnahmen, dies in einem Vergleich zu den Ansätzen gemäß Ratsbeschluss, vorgelegt werden.

Hinweis der Verwaltung:

Dies wird zugesagt, allerdings mit der Einschränkung, dass dies zweckmäßigerweise erst nach Abschluss aller Maßnahmen erfolgt, da derzeit eine Vielzahl von Projekten in unterschiedlichen Umsetzungs- und Prüfungsstadien begriffen ist.

1.8.6 Lügenvorwurf gegen einen städtischen Beamten

Vorlage: M/2010/639

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die Bestandteil der Einladung war, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.7 Gründung der Stiftung Deutsche Sportakademie in Wipperfürth

Vorlage: M/2010/641

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes findet mit Rücksicht auf die angereisten Gäste im Anschluss an die Behandlung des Tagesordnungspunkte 1.1.4, also vorgezogen, statt.

Die schriftliche Mitteilung war Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung.

Bürgermeister **von Rekowski** begrüßt die Herren Wolfgang Kierdorf und Rudolf Wabra von der Stiftung Deutsche Sportakademie. Zunächst wird in einem kleinen Film erläutert, welche Ziele und Visionen die Stiftung mittel- und langfristig verfolgt.

Anschließend erläutern die Herren **Wabra** und **Kierdorf** ihr Vorhaben, den Sitz der Stiftung von Bad Kissingen bzw. Köln nach Wipperfürth zu verlegen, und begründen dies. Das operative Geschehen sei Sache der Deutsche Sportakademie AG, die nach einer längeren Vorbereitungszeit bundesweit an unterschiedlichen, jeweils ländlich strukturierten Standorten Sportinternate für junge Talente einrichten und betreiben möchte. Vermittelt würden den zunächst nur männlichen Schülern Fähigkeiten, Wissen und Werte für die zukünftige Elite im Eishockey und Fußball; andere Sportarten könnten später folgen. Es würden Talente ab der fünften Klasse ohne Ansehen von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten gefördert. Die begleitende, individuelle Förderung von jugendlichen Talenten hin zum Profisport lege neben der sportlichen Ausbildung besonderen Wert auf eine erstklassige, breite Bildung für den späteren Werdegang des Schülers. Er werde auch dann eine gute Bildung erhalten, wenn sich später herausstellen sollte, dass eine Profikarriere als Sportler ausscheide. Die Deutsche Sportakademie stelle dazu Trainer und anderes Fachpersonal zur ganzheitlichen Entwicklung der Jugendlichen bereit, sei aber auch an der Mitarbeit ehrenamtlicher Kräfte aus den jeweiligen Standorten und Regionen sehr interessiert.

Die Entscheidung, den Sitz der Stiftung und möglicherweise später auch eines der ersten Internate in Wipperfürth anzusiedeln, hänge mit den hier vorgefundenen Gegebenheiten wie etwa dem kompletten Schulangebot und den Sportstätten zusammen, aber auch mit den hier im Vergleich etwa zu Ballungszentren und Großstädten vorhandenen Umfeld zusammen, das durch familiäre und weniger anonyme Strukturen gekennzeichnet sei. Den für die Organisation notwendigen Büros und entsprechendem Personal würden später auch weitere Fachkräfte nach Wipperfürth folge.

Wipperfürth könne man sich als einen der Internatsstandorte vorstellen, um bis zu 200 Schüler aufzunehmen, die auch in das schulische und sonstige gesellschaftliche Leben in der Stadt und ihrer Umgebung integriert werden sollen. Angestrebt werde auch eine sehr enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Vereinen und insbesondere Sportvereinen. Soweit möglich werde man sich auch um die Mitnutzung bereits vorhandener Sportanlagen bemühen, beziehe aber mittelfristig auch den Bau neuer, selbst zu finanzierender Sportstätten vor Ort mit in die Überlegungen ein.

Beide Herren beantworten im Anschluss an ihre Vorträge auch gezielte Nachfragen einzelner Ratsmitglieder und bedanken sich für die Gelegenheit, sich und ihr Anliegen dem Rat vorzustellen.

Informationen zur Stiftung Deutsche Sportakademie enthält ein Flyer, der zu Beginn der Sitzung verteilt wurde.

Bürgermeister **von Rekowski** dankt den Vertretern der DSA. Sicherlich würden weitere Informationen zu den Fortschritten der Organisation schon bald in weiteren Ratssitzungen folgen.

1.8.8 Kunstrasensportplätze Kreuzberg und Agathaberg - Mündlicher Sachstandsbericht

Stadtkämmerer **Trompetter** berichtet, dass es sowohl mit dem VfB Kreuzberg als auch mit der SG Agathaberg bereits Gesprächstermine beim Bürgermeister gegeben habe, in denen es um eine städtische Förderung der dortigen Kunstrasensportplätze gegeben habe. Es werde eine angemessene Unterstützung der Stadt aus Haushaltsmitteln für beide Projekte geben; die Zuwendungsbescheide würden beiden Vereinen noch in dieser Woche übermittelt.

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -